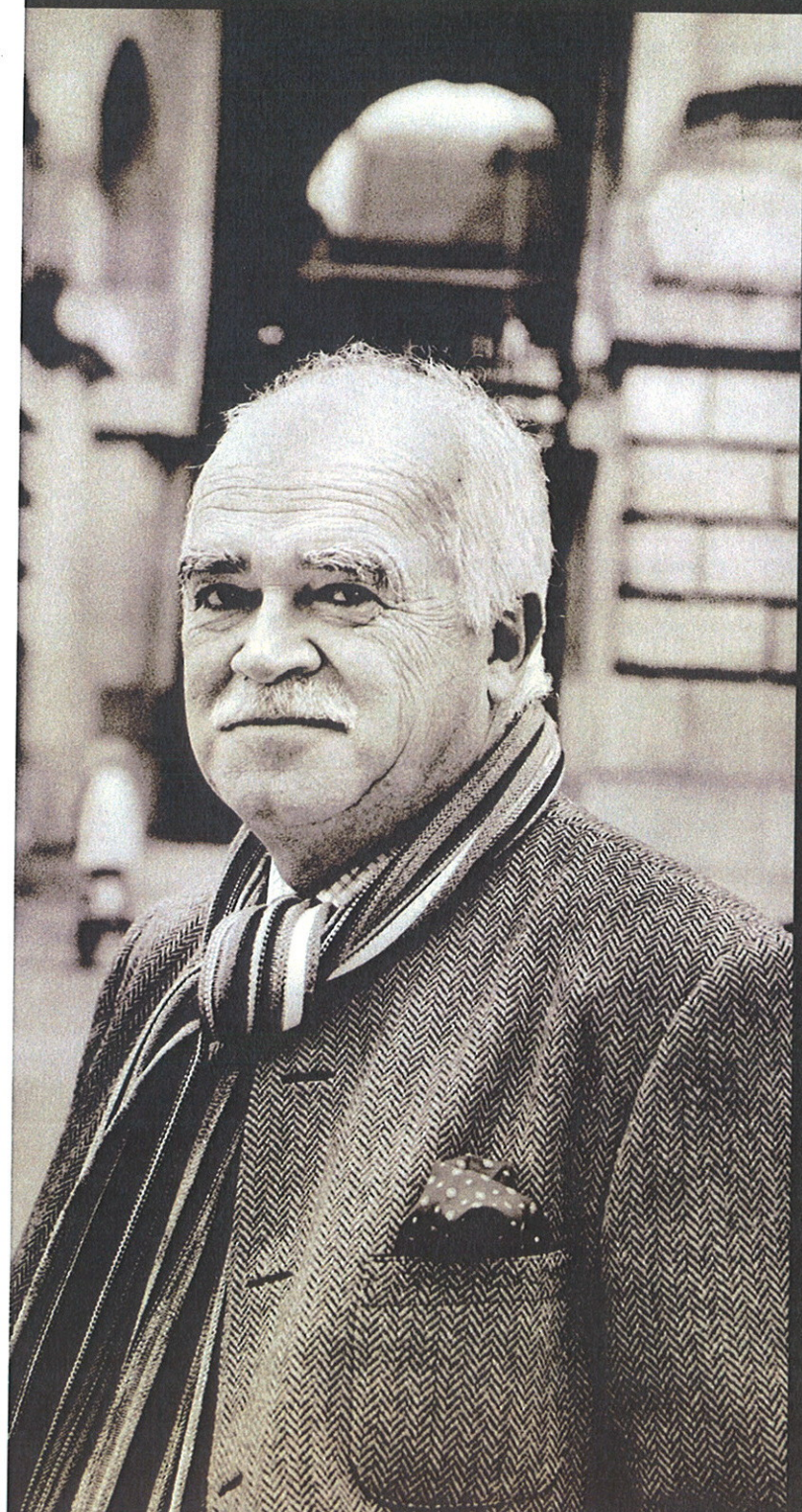


Politprofile: Peter Gauweiler & Henning Scherf



Sie sind zwei Urgesteine der deutschen Politik – und irgendwie auch Sinnbilder ihrer Partei. Aber Peter Gauweiler (CSU) und Henning Scherf (SPD) denken gerne – und manchmal auch anders, als es das Parteibuch vorzuschreiben versucht. Zwei Gespräche, die beweisen: Zwanglose Politik ist kein Privileg der Jugend.

01.11.2007, Berlin. Der Blick aus dem Reichstag geht hinüber zur Spree, über der sich der Morgennebel langsam verflüchtigt. Peter Gauweiler trägt einen kragenlosen Janker mit Hirschhornknöpfen, Weste, Krawatte und Einstecktuch. Er verhehlt nie seine Mundart, vermeidet aber bajuwarische Grammatik wie die doppelte Verneinung.

Peter Gauweiler „Die politische Klasse ist eine unsolidarische Klasse.“

INTERVIEW: JÜRGEN ELSÄSSER | FOTOS: ERIK WEISS

Herr Gauweiler, Sie sind bekennender Christ. Hat sich an der Intensität Ihres Glaubens in den letzten Jahren etwas geändert?

Peter Gauweiler: Gar nichts. Ich glaube immer noch so, wie ich als Kind geglaubt habe.

Bestätigen Sie den Eindruck, dass in den Unionsparteien die Verankerung des christlichen Glaubens erheblich abgenommen hat?

Da haben Sie Recht. Mir fällt auf Anrieb niemand in der unmittelbaren CDU-Führung mehr ein, der in den strittigen weltanschaulich-moralischen Fragen die Linie des Papstes vertreten würde oder sich hörbar auf den gültigen katholischen Katechismus bezöge. Die CDU war unter Konrad Adenauer die politische Bewegung des Katholizismus.

Wem schadet das mehr, der Kirche oder der Union?

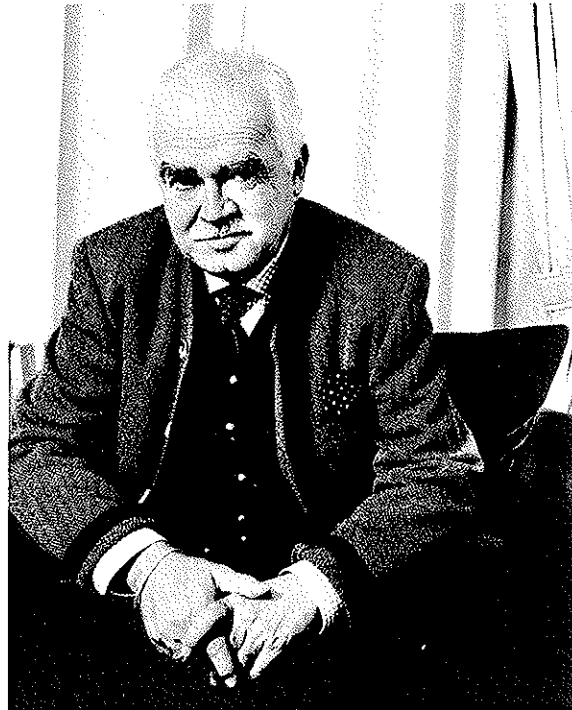
Diese Veränderung ihrer kirchlichen Bindung – ich sage dies als evangelischer Christ – schadet der CDU, nicht der römischen Kirche. Denn weltanschaulich ist ja nicht die CDU eine Attraktion, sondern Papst Benedikt, dem es bereits kurz nach seinem Amtsantritt gelang, in Deutschland die Jugend der Welt zu versammeln.

Was den Irakkrieg angeht, haben Sie 2003 postuliert, die Union müsse sich zwischen Bush und dem Papst entscheiden. Sie entschieden sich für den Papst und die Ablehnung des Krieges. Sind der US-Präsident und Ihre Vorstellung von Christlichkeit nicht miteinander vereinbar?

Was Bush weltweit aufführt, ist eine Karikatur christlicher Politik. Eine Satire. Zur Ehrenrettung des christlichen Amerika muss man aber auch sagen, dass Bushs eigene Kirche, die Methodisten der USA, sich von Anfang an von seinem Krieg im Irak scharf distanziert hat. Wegen der abstoßenden Kreuzzugsrhetorik des Weißen Hauses gerät auch völlig aus dem Blick, dass zurzeit auf der Welt so viele Christen wie nie zuvor schwerer religiöser Verfolgung ausgesetzt sind. Dagegen jedoch richtet die derzeitige Politik des US-Präsidenten nichts aus, ganz im Gegenteil.

Halten Sie die Familienpolitik der CDU-Ministerin Ursula von der Leyen auch für eine Karikatur christlicher Politik?

Frau von der Leyen steht auf einem christlich-protestantischen Fundament. Sie will letztlich eine Renaissance der Familie, und das will sie eben von der betont emanzipatorischen und modernen Seite her. Eine unbe-



fangene Bewertung ihrer Politik von konservativer Seite wird durch die Tatsache erschwert, dass sie Beifall gerade von solchen Leuten bekommt, die den Wert von Familie – oft aufgrund eigener schlechter Erfahrung und privater Missgeschicke – abwerten und bestreiten. Trotzdem: Die Debatte, die sie provoziert hat, hat beim Nachdenken über die Notwendigkeit von Familie geholfen und die Politik vorangebracht. Familie als Zukunftsthema ist wieder da. Gefreut hat mich übrigens auch das Verlangen nach mehr Familie und echten Müttern von einer ganz anderen Richtung her, nämlich von Christa Müller, der Frau Oskar Lafontaines. Frau Müller favorisiert die Erziehung in der Familie und kritisiert das Kita-Programm von Frau von der Leyen mit ähnlicher Schärfe wie die CSU. **Verschwimmt die traditionelle Links-Rechts-Frontstellung?**

Ja. Unseren Welt- und Gesellschaftsbildern fehlt seit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs und dem Ende des ideologischen Bürgerkrieges zwischen Kommunismus und dem bürgerlichen Prinzip der vertraute Hintergrund.

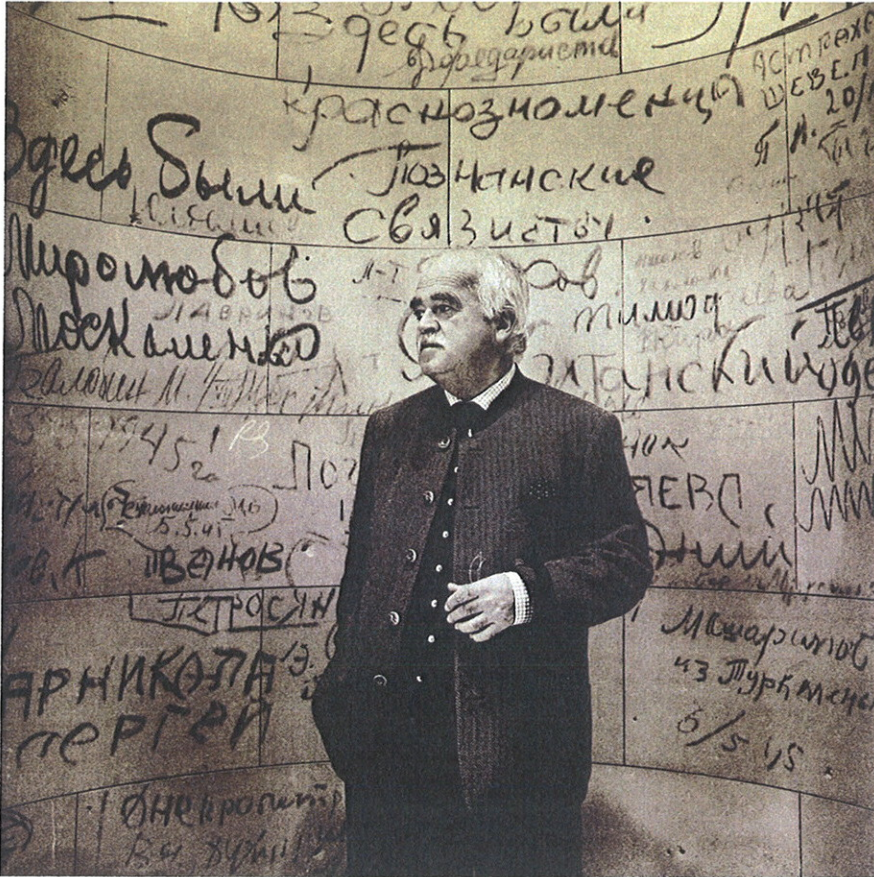
Jedenfalls hat man bisweilen das Gefühl, dass Sie, der ehemalige „Schwarze Peter“, dem roten Oskar näher stehen als der Bundeskanzlerin.

Na und? Wir sind als Menschen in der Politik und nicht als Schablonen. Es gibt Positionen, bei denen ich

Zur Person

Peter Gauweiler wurde am 22.06.1949 in München geboren. 1968 trat er der CDU bei. Von 1972 bis 1986 war er ehrenamtlicher bzw. hauptamtlicher Stadtrat in München, in den folgenden acht Jahren Staatssekretär bzw. Minister der Bayerischen Staatsregierung – ein Amt, das er unter dem neuen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber 1994 verlor. Seine Popularität in der Bevölkerung ist jedoch ungebrochen: Sein Landtagsmandat (1990 bis 2002) gewann er immer direkt. Bei den Bundestagswahlen 2002 nahm er mit seinen Erststimmen als bundesweit einziger Unionskandidat der SPD einen großstädtischen Wahlkreis ab, nämlich München-Süd. 2005 wiederholte er diesen Erfolg. Gauweiler ist verheiratet und hat vier Kinder.

„Wer ein wirklich politisches Leben führen will, bildet seine Meinung frei vom Zwang und findet Gegenwind erfrischend.“



Lafontaine näher bin. Und in manchem steht er vielleicht mir näher als dem einen oder anderen aus dem alten linken Lager. Wenn es um die Definition des öffentlichen Interesses geht, hat er nicht immer nur entlang von Parteigrenzen entschieden, die ja auch Scheuklappen sind. Wer ein wirklich politisches Leben führen will, bildet seine Meinung frei vom Zwang und findet Gegenwind erfrischend. In den letzten 200 Jahren wurden rechts und links zu Gespensterbegriffen – und schließlich standen sich „Rechte“ und „Linke“ als Todfeinde gegenüber. Dieses Schisma sollte mit dem Fall der Berliner Mauer sein Ende haben.

Sie warnten zuletzt vor „Hysterie und Selbstgerechtigkeit, im Lager der Antifaschistischen im Umgang mit den Rechten.

Auch das ist dringend notwendig. Rechtes Denken ist so viel oder so wenig in einem Atemzug mit dem antisemitischen Nazitum zu nennen wie das kommunistische Gulag-Programm mit linkem Geistesgut. Insofern gehört zur rechten und linken Erkenntnis am Ende des 20. Jahrhunderts: gleicher Abstand zu den Entartungen beider Richtungen. Hier muss jeder zunächst vor der eigenen Haustür kehren. Die alte gesellschaftliche Spaltung ist beendet und niemand braucht eine Wende in die Vergangenheit. Selbst die Linkspartei hält die alten Unterschiede ja nur noch zum Schein aufrecht.

Franz Josef Strauß, der für Ihre politische Biografie prägend war, hat das zu seiner Zeit nicht so ausgewogen gesehen: Für ihn stand der Kampf gegen links – links sehr weit gefasst – immer an erster Stelle.

An erster Stelle stand der Kampf für die Freiheit, für den Wiederaufbau Deutschlands und gegen den geistigen Tod unseres Volkes. Strauß war – wie wir alle – ein konsequenter Gegner des sowjetischen Imperialismus. Er war für einen starken freiheitlichen Westen. Aber er war auch Grenzgänger und ein lebenslanger Entdecker. Als erster deutscher Politiker hat er die rotchinesische Karte gezogen und Mao und Deng getroffen. In langen Gesprächen im Kreml redete er an Gorbatschow hin, dass die UdSSR mit dem bleischweren Realsozialismus nicht erneuerbar sei. Der Auflösung und dem relativ schiedlichen Heimgang der DDR-Führung 1989/90 ging voraus, was Strauß Erich Honecker kurz zuvor abgehandelt hatte und was damals noch eine Sensation war: mehr Handel, mehr Geld für mehr Reisen von möglichst vielen Leuten und der Abbau von Schießanlagen.

Glauben Sie, Strauß wäre glücklich darüber, dass Sie mit Lafontaine heute so oft übereinstimmen? Der Saarländer war doch immer ein rotes Tuch für den Bayern. Letzteres stimmt so nicht. Lafontaine selbst hat mir von einem langen, fachlich und menschlich bemerkenswerten Gespräch erzählt, das er als Ministerpräsident des Saarlandes mit Franz Josef Strauß geführt hat.

Lafontaine versteht sich bekanntlich als Linker, aber als einer in der französisch-sozialen Tradition von Charles de Gaulle; und auch Strauß betonte immer wieder die enge Verwandtschaft der CSU mit der rechtlinken Sammlungsbewegung des Gaullismus. **Sammlungsbewegung wofür?**

Der Einsatz galt Otto-Normalverbrauchern oder, wie Strauß sagte, Leuten, die nicht an Geldschränken gehen gelernt haben. Unsere Gegner sagten: Sammlungsbewegung der Stammtische. Das war uns egal, denn Stammtische waren und sind Versammlungsstätten des Volkes.

Im Frühjahr 2007 haben Sie zusammen mit ihrem CDU-Fraktionskollegen Willy Wimmer in Karlsruhe gegen die deutsche Beteiligung an der internationalen Militärmission ISAF in Afghanistan geklagt. Bei der ersten Abstimmung 2001 waren Sie noch dafür.

Warum haben Sie Ihre Meinung geändert?

Der Einsatz Ende 2001 war ein Akt der Selbstverteidigung der Vereinigten Staaten nach dem terroristischen Angriff vom 11. September. Es war offensichtlich, dass die damals in Kabul regierenden Kräfte diesen terroristischen Angriff zu verantworten und mit vorbereitet hatten. Auf dieser Grundlage fiel im Bundestag im Dezember 2001 die Entscheidung, die ich damals publizistisch unterstützt habe. Diese militärische

1 Gulag

Die Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager in der UdSSR steht nach Alexander Solschenizyns Roman „Der Archipel Gulag“ (1974) als Synonym für das gesamte Repressionssystem in der Sowjetunion mit seinen Zwangsarbeitslagern und Gefängnissen. Lenin selbst führte die Tradition der Verbannung aus der Zarenzeit weiter; bis 1925 wurden in den Lagern unproduktive Arbeiten verrichtet, ab 1926 ging man zum Selbstkostendeckungsprinzip über. Stalins Dekret vom 26.06.1929, in dem er die effizientere Nutzung fordert, gilt als Geburtsstunde der eigentlichen Gulag. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden auch Deutsche als Zwangsarbeiter nach Sibirien transportiert, beendet wurde das System erst durch Gorbatschow.

Entdeckungen aus Polen

NIGEL KENNEDY

mit romantischen Violinkonzerten

"Kennedy erforscht den *Polish Spirit* mit hörbarer Intensität." Die Zeit, 8.11.2007

Selbstverteidigung war mit dem Sturz der Taliban-Regierung, den folgenden Neuwahlen und der Einsetzung einer neuen Regierung abgeschlossen. Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen geändert, und zwar inhaltlich wie formal.

Was ist die entscheidende Änderung?

Ein seit 40 Jahren erbittert geführter afghanischer Bürger- und Stammeskrieg ist wieder aufgeflammt. Und darin hat die NATO nichts zu suchen.

Warum nicht? Stehen nicht allgemein die derzeitige Regierung unter Karzai für eine pro-westliche Entwicklung und die Widerständler für finsterstes Mittelalter?

Leider ist es so nicht. Angesichts verheerender Lebensverhältnisse kommt es verstärkt zu Widerstandshandlungen, die man nicht ohne weiteres als Terrorismus einstufen darf. Und die Regierung Karzai ist offensichtlich vom weltweit organisierten Drogenhandel in einer Weise durchdrungen, die mit westlich-rechtsstaatlichen Vorstellungen nichts zu tun hat. Kabul ist zu einem Tummelplatz für Rauschgiftbarone geworden, die sich dort auch noch unter dem Schutz der NATO breitgemacht haben.

Der Bundestag hat trotzdem im Oktober das Afghanistan-Mandat inklusive Tornados verlängert. Was fürchten Sie, wenn sich dort nichts ändert?

Die Gefahr ist, dass die NATO diesen Krieg auch moralisch verliert – militärisch ist er für die 40.000 NATO-Soldaten ohnehin nicht gewinnbar – einen Sieg über die Mudschaheddin haben fünfmal so viele Soldaten der sowjetischen Roten Armee in Afghanistan nicht errungen. Wir dürfen uns auch nicht in einen weltweiten Krieg ziehen lassen, bei dem am Ende – wie Helmut Schmidt sagte – 700 Millionen Westeuropäer und Nordamerikaner gegen eine sich abzeichnende Einheitsfront von 1,4 Milliarden Muslimen auf der ganzen Welt stehen. Mein Ziel ist es, in Sachen „Krieg gegen den Islam“ durch Reden und Schreiben eine bürgerliche Alternative zu dieser Eskalationsdynamik anzubieten.

Im Jahr 1995 beschrieben Sie in einem Zeitungsbeitrag den Zustand der Bundesrepublik Deutschland mit einem Satz Emile Zolas aus seinem berühmten Essay „J'accuse“: „Fälschung, Irreführung, Komplott gegen die Republik“. Sind Sie heute optimistischer?

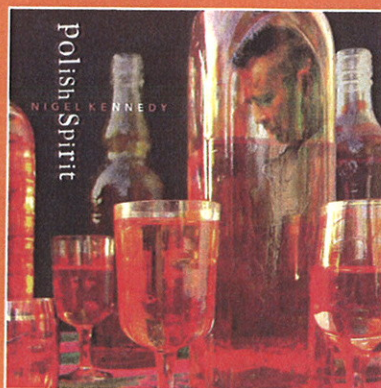
Das Schweigekartell, in dem alle ihre Interessen haben und deshalb verstummen, gibt es heute noch. Mein damaliger Text bezog sich auf die Nichtaufklärung des Todes von Uwe Barschel und die damalige Rolle von Presse und Parteien.

Der Tod des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten 1987 gilt bis heute als Selbstmord.

Es gibt eine Parallele zur Dreyfus-Affäre. Auch damals hatte die französische Justiz das Staatsunrecht zu Lasten des Hauptmanns Dreyfus niemals vollständig ein-

POLISH SPIRIT

Młynarski/Karłowicz: Violinkonzerte
Chopin (arr.): Nocturnes
Polish Chamber Orchestra · Jacek Kasprzyk
CD 3 79934 2 · Live-DVD 3 79934 9



www.nigel-kennedy.de
www.emiclassics.de

Polish Spirit podcast
auf www.klassik-podcast.de

CD auch als digital download erhältlich

„Zur rechten und linken Erkenntnis am Ende des 20. Jahrhundert gehört: gleicher Abstand zu den Entartungen beider Richtungen. Hier muss jeder zunächst vor der eigenen Haustür kehren.“

geräumt. Der vom Opfer zum Täter gemachte Dreyfus hatte keine Chance, die Sache selbst auszutragen. Und nach Barschel könnte man noch weitere Beispiele nennen. Denken Sie nur, was dem Freitod der Hannelore Kohl alles an Unflat gegen ihren Mann vorausging. Oder die Entpersönlichung des ältesten Strauß-Sohnes durch die bayerische Justiz vor aller Augen. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – oder: wie das bürgerliche Lager seine Ehre verliert. Die politische Klasse ist eine unsolidarische Klasse – daran hat sich nichts geändert. Ich habe eine fast schon körperliche Abneigung gegen den diesbezüglichen Meinungsopportunisten und die Verwechslung von öffentlicher Zurückhaltung und Feigheit. Das war einer der Gründe, warum ich Lafontaine beigesprungen bin, als alle auf ihn losgegangen sind.

Worauf spielen Sie konkret an?

Als Lafontaine im Frühjahr 1999 Schröder und der SPD den Krempel vor die Füße warf, handelte er ein

bisschen, wie es vor 220 Jahren im „Götz von Berlichingen“ aufgeschrieben wurde. Taktisch klug war das nicht – aber frisch, fromm und frei. Man braucht doch nicht mit allem einverstanden zu sein und kann trotzdem die Courage respektieren, die einer aufbringt und auch den Gleichmut gegenüber den Folgen, die er zu tragen hatte.

Sie beschäftigen sich, wie im Fall Barschel, nicht nur mit ungeklärten Todesfällen der jüngeren Geschichte. Auch beim Dahinscheiden des bayerischen Märchenkönigs Ludwig II. haben Sie ein Mordkomplott aufgedeckt. Lässt sich das kurz skizzieren?

Dass und wie Ludwig von seinen preußenhörigen und ämterstüchtigen Ministern entmachtet und unter irrenärztliches Kuratel gestellt wurde, war ein Staatsstreich. Mit seinem gewaltsamen Tod im Starnberger See im Jahre 1886 starb die bayerische Monarchie, 32 Jahre vor der Revolution des Kurt Eisner 1918. Man kann alles, was innerdeutsch in diesen 32 Jahren geschah, nicht ohne die politisch-moralische Lähmung Bayerns nach Ludwigs Tod erklären. Man beachte nur all die Verrücktheiten, welche die Bayern dem preußischen Kaiser und König auf einmal durchgehen ließen.

Wie sehr brauchen die Bayern wirklich einen Monarchen?

Überlebt hat in Bayern ein Königtum der Herzen. Und der heutige Chef des Hauses Wittelsbach ist – zu Recht – eine Art Ehrenpräsident aller Bayern. Das ist doch auch etwas.

Und wer war der letzte Kaiser der Herzen?

Herzenskaiser, Volkskaiser, das ist Ansichtssache.

Ich dachte, Sie sagen jetzt Strauß oder Beckenbauer.

Strauß sowieso. Beckenbauer – kann sein. Oder der römische Benedikt. Oder die Erinnerung an Kaiser Ludwig, den Bayern, der München im 14. Jahrhundert zur Boomtown des Heiligen Römischen Reiches machte. Oder der blaue Kurfürst Max Emanuel. Oder der Schmied von Kochel, eine Art oberbayerischer Braveheart und Stammvater der Gebirgsschützen. Oder die Gebrüder Asam und die anderen großen Baumeister. Der weißblaue Himmel ist weit und groß.

Edmund Stoiber wurde als Ministerpräsident durch die inszenierte Intrige einer fränkischen Landrätin gestürzt. Ganz ehrlich: Wäre das Strauß auch passiert?

(lacht) Das glaube ich nicht. Aber wer weiß? Ludwig I., dem die Stadt München seine edelsten Züge verdankt, wurde durch eine gewisse Lola Montez erledigt – und das, obwohl die Frau nur 16 Monate in München ihr Unwesen trieb. Der bayerische Landtagspräsident Alois Glück würde sagen: „Man muss halt Obacht geben.“ :::

